

Koalition von Ländern treibt beschleunigte Abkehr von fossilen Energien während Energiekrise voran

27.4.2026 - | Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Staatssekretär Flasbarth auf internationaler Konferenz in Kolumbien.

Mehr als 60 Regierungen aus allen Weltregionen kommen am 28. und 29. April auf Einladung von Kolumbien und den Niederlanden in Santa Marta, Kolumbien, zusammen und beraten, wie eine beschleunigte Abkehr von Kohle, Öl und Gas gelingen kann. Sie setzen angesichts der Energiekrise ein starkes Signal: die Abkehr von fossilen Energien und der Ausbau der erneuerbaren Energien sind nicht nur unabdingbar für den Schutz des Klimas, sie stärken auch die Energiesicherheit, wirtschaftliche Resilienz und Bezahlbarkeit. Mögliche Ergebnisse der Konferenz fließen in den von der brasilianischen COP30-Präsidentschaft angekündigten internationalen Fahrplan zur Abkehr fossiler Energien ein. Dieser soll vor der COP31 in Antalya im November 2026 veröffentlicht werden.

Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth: "In Santa Marta kommt erstmals eine "Koalition der Ausstiegs-Macher" zusammen. Dass diese Vorreiterkoalition schon so groß ist, ist ein ermutigendes Zeichen. Relevante Teile der Weltgemeinschaft sind bereit, die Ursachen der aktuellen fossilen Energiekrise anzugehen. Zum Glück gibt es gute Gegenmittel gegen fossile Abhängigkeiten: der Ausbau der erneuerbaren Energien, Investitionen in Netze und Speicher und die Elektrifizierung von Mobilität und Wärmeversorgung. All das treiben wir national und international voran. Letztlich braucht es beides: Konferenzen für Vorreiterallianzen wie in Santa Marta und Konferenzen, die einen globalen Konsens vorbereiten wie den Petersberger Klimadialog. Denn um global verbindliche Entscheidungen auf der Weltklimakonferenz zu erreichen, braucht es gute Beispiele aus der Praxis und gute Diplomatie zwischen unterschiedlichen Interessengruppen, um am Ende zu einstimmigen Ergebnissen zu kommen."

Bei der Weltklimakonferenz COP30 in Brasilien im vergangenen Jahr hatten die Regierungen Kolumbiens und der Niederlande angekündigt, die internationale Konferenz zur Abkehr von fossilen Energien auszurichten. Die Abkehr von fossilen Brennstoffen ist ein zentrales Ziel, das alle Vertragsstaaten des Paris-Abkommens gemeinsam auf der Weltklimakonferenz COP28 in Dubai im Jahr 2023 beschlossen haben.

Deutschland hat sich mit dem Bundes-Klimaschutzgesetz rechtlich dazu verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu sein. Dies setzt einen weitestgehenden Ausstieg aus den fossilen Energien schon zum Ende der 2030er Jahre voraus. Das im März vorgelegte Klimaschutzprogramm 2026 sieht dafür umfangreiche Maßnahmen vor und wird dafür sorgen, dass allein im Jahr 2030 zusätzliche Einsparungen von knapp sieben Milliarden Kubikmeter Erdgas und rund vier Milliarden Liter Benzin erreicht werden können. Im Vordergrund stehen der verstärkte Ausbau der Windenergie, das neue Förderprogramm für Elektroautos und zusätzliche Unterstützung für die Industrie beim Umstieg auf moderne, sparsamen und saubere Technologien.

Zudem wird Deutschland in Santa Marta seine Erfahrungen zum schrittweisen Kohleausstieg teilen, der spätestens 2038 mit den letzten Kraftwerksblöcken beendet sein muss. Ziel der Bundesregierung ist es, bis zum Jahr 2030 den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch auf mindestens 80 Prozent zu steigern. 2025 deckten Erneuerbare bereits 55,1 Prozent des Bruttostromverbrauchs ab.

Deutschland unterstützt zudem Partnerländer auf ihrem Weg zu einer klimafreundlichen Zukunft und fördert gezielt Länder des Globalen Südens bei ihrem Beitrag zur globalen Energiewende.

Zum Beispiel in Kolumbien: Hier wird eine sozialgerechte Energiewende unter anderem durch den Einsatz von Agri-Photovoltaik vorangetrieben, das heißt: Auf landwirtschaftlichen Flächen wird der Anbau mit Solarstromerzeugung kombiniert. So werden ländliche Kommunen Schritt für Schritt unabhängig von Diesel, dem üblichen fossilen Energieträger im Land, - und erschließen gleichzeitig neue wirtschaftliche Perspektiven. Ein weiteres Beispiel ist Südafrika: Dort wird der Ausstieg aus der Kohleabhängigkeit gefördert. Die Projekte im Land zeigen mit praktischen Beispielen, wie neue Arbeitsplätze außerhalb der Kohleförderung entstehen und Finanzierungsmechanismen für eine gerechte Energiewende entwickelt werden können.

Die gestiegenen Öl- und Gaspreise treiben derzeit nicht nur die Kosten von Staaten, Konsumenten und Unternehmen in die Höhe. Sie haben auch Inflation, Abschwächung des Wirtschaftswachstums und Lebensmittelunsicherheit zur Folge. Gerade Entwicklungs- und Schwellenländer sind davon bereits stark betroffen.

Inzwischen sind erneuerbare Energien die wirtschaftlichste Energieform: die Stromgestehungskosten für Erneuerbare sind weltweit seit 2010 um 80 Prozent gesunken. Mehr als 90 Prozent des Kraftwerkszubaues im Stromsektor basierte 2025 daher weltweit auf erneuerbaren Energien. Damit eine Stromversorgung aus Erneuerbaren flächendeckend zum Tragen kommt, ist eine Elektrifizierung des Verkehrs, Gebäude und Industriesektors nötig, um die Verbrennung fossiler Energien durch Strom zu ersetzen (Elektroautos und Wärmepumpen). Global schreitet die Elektrifizierung derzeit schnell voran, vor allem in Asien ist ein starker Trend erkennbar, in Ländern wie China, Indien, Japan und Vietnam mit Elektrifizierungsraten von 30 Prozent oder höher. Die Elektrifizierungsrate gibt an, wie viel des gesamten Endenergieverbrauchs eines Landes durch Strom gedeckt wird.

<https://www.bundesumweltministerium.de/pressemitteilung/koalition-von-laendern-treibt-beschleunigte-abkehr-von-fossilen-energien-waehrend-energiekrise-voran>